

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 168 (2002)

**Heft:** 7

**Vorwort:** Auftragstaktik

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 31.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Auftragstaktik

Die politische Diskussion um die Armeereform war nicht immer stufengemäss. Die strategische Stufe (Parlament) interessierte sich allzu stark für Fragen der operativen Ebene (CVBS und Armeeführung).

Dafür blieben wesentliche politische Fragen unbeantwortet. Diese hätten aber bereits in der Phase der Vernehmlassung entschieden werden müssen.

Um welche Fragen handelt es sich?

- Entspricht die Doktrin den Bedürfnissen?
- Ist die geplante Milizarmee verfassungsmässig?
- Wird die neue Armee noch im Volk verankert sein?
- Genügen die vorgeschlagenen Mittel, um die strategischen Aufträge zu erfüllen?

Wenn die Politiker diese Fragen bejahen, setzt die operative Stufe das dann um. Man darf der Armeeführung durchaus zumuten, die Länge

der Rekrutenschule zu berechnen oder die Grösse von Truppenkörpern festzulegen.

Die Politik gibt die Ziele, den Rahmen bekannt. Die operative Stufe findet dann den Weg, die Ziele zu erreichen. Das nennen wir in der militärischen Führungslehre **Auftragstaktik**. Die schlechtere Form wäre die **Befehlstaktik**. Hier sagt die Politik, was sie will. Und dann auch noch gleich, wie man es macht.

Die Armeereform ist ein komplexes Projekt. Deshalb ist es bei der Umsetzung von entscheidender Bedeutung, dass die Kompetenzen der verschiedenen Stufen respektiert werden.

Louis Geiger, Chefredaktor

## Afghanistan benötigt unsere Hilfe!

Nach dem offiziellen Ende der Operation Enduring Freedom befindet sich Afghanistan innerpolitisch beinahe in der gleichen Lage wie nach dem Sturz des kommunistischen Präsidenten Najibullah 1992. Das Land und seine zerstörte Infrastruktur müssen wieder aufgebaut werden. In Kabul ist wohl eine Regierung eingerichtet worden, aber Afghanistan benötigt für den Wiederaufbau die Unterstützung aller Staaten; auch jene der Schweiz. Zu den Sofortmassnahmen der Hilfe gehört die Lieferung von dringend benötigten Apparaturen an die Spitäler, aber auch Bücher und Computer für den Lehrbetrieb der Universitäten fehlen. Die ersten Schritte zur Hilfe hat die Universität Zürich bereits eingeleitet. Des Weiteren könnte die Schweiz mit ihrer Armee einen dringenden Beitrag zum Wiederaufbau des zerstörten Strassennetzes, einschliesslich der Brücken, leisten.

Die Rückführung der Flüchtlinge – vermutlich über fünf Millionen – ist für das Verhindern von Problemen mit der daheimgebliebenen Bevölkerung nur durch die Aufstellung von Wohncontainern möglich. Der Minister für das Flüchtlingswesen wäre auch dankbar, wenn unser Finanzminister ihm einen finanziellen Beitrag zur Entlohnung seiner

Verwaltung leisten könnte. Die Voraussetzung, dass solche Massnahmen eine Wirkung erbringen, ist neben der Einrichtung eines Bankenwesens gemäss dem Schweizer Vorbild der Aufbau einer diplomatischen Vertretung der Schweiz in Kabul. Eine Sofortmaßnahme wäre die Einrichtung eines Konsulats. Die notwendige Infrastruktur dazu kann problemlos organisiert werden.

Afghanistan benötigt unsere Hilfe. Was aber für Afghanistan nicht zweckmässig ist, ist die Einmischung anderer Staaten in seine Politik und Kultur. Die Einmischungen der vergangenen Jahrzehnte haben zu Bürgerkriegen geführt und dadurch die Zerstörung des Landes verursacht. Mit dem Beitrag über Afghanistan in dieser Nummer, wie auch mit dem Beiheft, hoffen wir das Verständnis für die Hilfe an dieses zerstörte Land und seine Bevölkerung zu wecken.

Prof. Dr. Albert A. Stahel, stv. Chefredaktor

## VBS hat Sparauftrag erfüllt

Für die Landesverteidigung werden heute noch 9% des Bundeshaushaltes ausgegeben. 1970 waren es 22%, 1990 noch 16%. 2002 hat der Bundesrat weniger Rüstungskäufe denn je beantragt. 674 Millionen soll das Parlament für Rüstungsvorhaben bewilligen. Das sind rund 300 Millionen weniger als im Vorjahr. Zwischen 1989 und 2001 sind Rüstungskredite jeweils in doppelter Höhe gesprochen worden. Die Armee hat sich zwar in den vergangenen Jahren verkleinert, doch die Kosten für die Landesverteidigung können nicht mehr beliebig gesenkt werden. Mit der Armee XXI entschliessen wir uns für verkleinerte, aber modernisierte Streitkräfte, die eine entsprechend moderne Ausrüstung verlangen. Dazu gehören jene Finanzen, die für die Erfüllung der in Verfassung und Gesetz definierten Aufträge benötigt werden. Die Sparopfer des Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und

Sport (VBS) haben viel zur Verbesserung der Finanzlage des Bundes beigetragen. Zur Frage der Armeefinanzen und der inneren Sicherheit nimmt Bundespräsident Kaspar Villiger im Gespräch mit der ASMZ Stellung. Seiner Ansicht nach verliert die Armee ihre Glaubwürdigkeit, wenn die Kosten weiterhin gesenkt werden. Wir nehmen Bundespräsident Villiger beim Wort und wünschen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, kurzweilige Lektüre.

Dr. Dieter Kläy, stv. Chefredaktor